

„Soziallabor“ oder „Sonderfall“?

Die Stadt Wolfsburg in der deutschen Nachkriegsgeschichte

Veranstalter: Institut für Zeitgeschichte und Stadtpräsentation Wolfsburg

Datum: 28./29.11.2013

Bericht von:

Marcel Glaser, Universität Kassel

Die Stadt Wolfsburg stand seit 1945 unter einer ständigen Beobachtung. Immer wieder widmeten sich Soziologen, Architekten, Stadtplaner und Historiker der Erforschung der Stadt. Was weckte das Interesse der Wissenschaft an der „Volkswagenstadt“? Welche Besonderheiten zeichnen die Geschichte Wolfsburgs aus? Im Rahmen des am Institut für Zeitgeschichte und Stadtpräsentation (IZS) angesiedelten Forschungsprojekts „Wolfsburg auf dem Weg zur Demokratie“ fand am 28. und 29. November 2013 im Wissenschaftsmuseum phæno eine Konferenz statt, die nach den Gemeinsamkeiten und Unterschieden zwischen der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik und der Entwicklung der Stadt Wolfsburg fragte. Die Vorträge zu verschiedenen Themen der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte wurden von „lokalen Interventionen“ begleitet, die sich dem jeweiligen Thema aus Wolfsburger Sicht annahmen. Inwieweit ist und war die Stadt Vorbild für bundesweite Trends?

In einer kurzen Einführung gab GÜNTER RIEDERER (IZS Wolfsburg) einen Überblick über die Geschichte der Stadt und stellte das Forschungsprojekt „Wolfsburg auf dem Weg zur Demokratie“ genauer vor. Die Gründung der „Stadt des KdF-Wagens“ am 1. Juli 1938 sowie ihre Umbenennung in Wolfsburg am 25. Mai 1945 waren zunächst einmal Verwaltungsakte. Die zweifache Stadtgründung durch bürokratisches Handeln von oben hat in der Bundesrepublik nur wenige Vorbilder. In ihren Anfangsjahren wurde die Stadt als wenig attraktiv wahrgenommen, die Wohnsituation war desolat. Sie war ein Provisorium – wie die gesamte Bundesrepublik. Erst in den 1950er Jahren hat sich die Einstellung zu Wolfsburg gewandelt. Das Wirtschafts-

wunder verwandelte die einstige Barackenstadt in eine „Goldgräber“-Metropole. Das Forschungsprojekt verfolgt einen umfassenden Ansatz und versucht das methodische Instrumentarium der Stadtgeschichtsschreibung in seiner ganzen Breite zu berücksichtigen. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, wie aus ehemals überzeugten Parteigängern der NSDAP aktive demokratische Stimmbürger wurden, und wie die Mechanismen dieses Wandlungsprozesses im Kleinen aussahen. Dem Projekt liegt dabei ein erweiterter Demokratiebegriff zugrunde, der sich nicht nur auf die Analyse der Wahlen als sichtbarstes Zeichen der Demokratie beschränkt, sondern sich auch mit der Entwicklung einer tragfähigen politischen Kultur – durch Bibliotheken oder andere Kultureinrichtungen – in Wolfsburg beschäftigt. Dabei stellt sich die grundsätzliche Frage nach der Reichweite dieser Ergebnisse. War Wolfsburg eine Modellstadt für die Entwicklung in der Bundesrepublik oder der Sonderfall, welcher nicht auf die BRD anwendbar ist?

AXEL SCHILDT (Universität Hamburg) behandelte in seinem Beitrag die westdeutsche Gesellschaft der 1950er und 1960er Jahre. Den 1950er Jahren attestierte er ein „doppeltes Gesicht“, welches sich auf der einen Seite durch beginnende Demokratisierung und eine Phase rasanter wirtschaftlicher und sozialer Veränderungen auszeichnete. Andererseits waren sie geprägt von Kontinuitäten, die sich nicht nur auf die Karriere ehemaliger NS-Eliten beschränkten. Lutz Niethammer hat dafür den Begriff der „Volkskontinuität“ geprägt, Christoph Kleßmann sprach von „Modernisierung unter konservativen Auspizien“. So bestanden weiterhin autoritäre Wertmuster, während der beginnende Automobilboom und das im Entstehen begriffene Fernsehen Ende der 1950er Jahre den Beginn der Moderne andeuteten. In den 1960er Jahren waren die Umrisse einer neuen Gesellschaft zu erkennen. Die Entstehung der Dienstleistungsgesellschaft und einer kritischen Öffentlichkeit („Spiegel-Affäre“), die Zunahme weiblicher Erwerbstätigkeit, der Eigenheim- und Babyboom, die Arbeitsmigration und die Ausbildung einer Jugendkultur sowie ein tiefgreifender Wandel verbindlicher Werte und die Dominanz individueller Entfaltung waren Kennzeichen einer dynamischen Zeit, die auch durch vergangenheitspolitische Auseinandersetzungen (u.a. Eichmann-Prozess) und politische Veränderungen (Ende der Ära Adenauer, Große Koalition) den gesellschaftlichen Wandel erkennbar werden ließ und damit das Ende der Nachkriegszeit markierte.

MANFRED GRIEGER (Historische Kommunikation der Volkswagen AG, Wolfsburg) verwies auf die paradoxe Situation, dass sich der Nationalsozialismus in der „Stadt des KdF-Wagens“ als „Unfähigkeitsregime“ erwiesen habe, die Stadt Wolfsburg dadurch aber nach 1945 erst zur Symbolstadt des deutschen Wirtschaftswunders aufsteigen konnte. Im Zuge des Wiederaufbaus glaubte man wegen ihrer Berufserfahrung auf die Gruppe ehemaliger NSDAP-Mitglieder nicht verzichten zu können, weshalb ihre Verstrickung in das NS-System relativierend umgedeutet wurde. Bis auf den Antikommunismus wirkten jedoch nur wenige Fermente der NS-Ideologie weiter. Das „Gespür für Gemeinsamkeiten“ (Zugehörigkeit zur NSDAP, Kriegseinsatz, Gefangenschaft, Entnazifizierung) brachte Menschen mit ähnlichen Lebenswegen zusammen und führte zu einer „Schwatzgemeinschaft“, die nur dort ihre Grenzen fand, wo es um Verbrechen ging. In Wolfsburg habe der wirtschaftliche Erfolg des Werks verbunden mit der Unternehmenspolitik des übermächtigen Industriepatriarchen Heinrich Nordhoff einen Wohlstand geschaffen, der dazu führte, dass sich in der Stadt kein autonomes Bürgertum ausbildete. Die Stadt könne somit als „Normstadt sozialer Nivellierung“ begriffen werden. In ihrer Selbstdarstellung verstand sich Wolfsburg als „Stadt ohne Krisen und Konflikte“, deren politisches Klima in der unmittelbaren Nachkriegszeit von einer Art „immerwährenden“ Großen Koalition beherrscht wurde.

Die Entnazifizierung sollte das Ausmaß der NS-Verbrechen deutlich machen und zugleich Sühne und Rehabilitation bewirken, erklärte ANGELA BORGSTEDT (Universität Mannheim). Dabei war bereits früh klar, dass die Transformation der diktatorischen in eine demokratische Ordnung nicht gegen die Millionen Mitläufer gelingen konnte. Die Entnazifizierung wurde in den vier Besatzungszonen in unterschiedlichem Ausmaß durchgeführt. In den Verfahren hatten die Betroffenen selbst den Nachweis der eigenen Unschuld zu erbringen, was zum inflationären Ausstellen von sogenannten „Persilscheinen“ führte. Das Engagement der mit deutschem Personal besetzten Prüfungsausschüsse galt den Besatzungsmächten als Belastungsprobe für die Demokratiefähigkeit der Deutschen. Zur Erfüllung der vorgegebenen Quote wurden zunächst vor allem Minderbelastete entnazifiziert. Die überlasteten Spruchgerichte konnten oft nur durch Dienstverpflichtungen Personal gewinnen, da ihnen in

der Bevölkerung der Ruf eines „Rachegerichts“ anhaftete. Sie waren ein Kampfplatz, auf dem es nicht um individuelle Schuld, sondern um Vergangenheitspolitik und Nachkriegskarrieren ging. Die Entnazifizierung blieb für die Deutschen ein negativ konnotiertes Unternehmen, was sich nicht zuletzt im zeitgenössischen Begriff vom „Nürnberg des kleinen Mannes“ widerspiegelte.

ULF HANKE (Journalist und freier Historiker, Löhne/Westfalen) berichtete über die Entnazifizierung im Volkswagenwerk. Diese war für Major Ivan Hirst, der das Werk für die britische Besatzungsmacht von 1945 bis 1949 als „Senior Resident Officer“ geleitet hatte, „eine unangenehme Aufgabe“ gewesen, weil sie Unruhe im Betrieb erzeugt und so Hirst bei seiner Aufgabe des Betriebsaufbaus behindert hat. Daher bemühte sich Hirst um eine schnelle Entnazifizierung der Belegschaft und konnte bereits im Januar 1946 deren Ende vermelden. Doch das Verfahren stieß auf Kritik der Control Commission of Germany; unter anderem war es unter Ausschluss des Betriebsrates und somit ohne deutschen Einfluss durchgeführt worden. Wer schuldig gesprochen wurde, durfte nicht mehr eingesetzt werden und hatte das Werk zu verlassen. Während die erste Entnazifizierungswelle wirkungslos verebbte war, traf die zweite Welle vor allem untere und mittlere Arbeiter hart. Produktion und Stimmung im Werk sanken, zudem hatte die Entnazifizierung Auswirkungen auf die Stadt, in der die Entnazifizierten weiter leben mussten. Vielen Beschuldigten gelang es, im Berufungsverfahren als Mitläufer eingestuft zu werden und somit ihre Wiedereinstellung im Werk zu erreichen. Der „Entnazifizierungsschock“ führte zu einem rechten Klima in Wolfsburg und fand seinen Ausdruck unter anderem im Wahlsieg der „Deutschen Rechts-Partei“ (DRP) bei den Kommunalwahlen im November 1948 und der Beteiligung Wolfsburger Lokalpolitiker an der Gründung der rechtsextremen „Sozialistischen Reichspartei“ (SRP) (u.a. VW-Betriebsrat Helmut Hillebrecht und Stadtarchivar Bernhard Gericke).

Mit den Heimatvertriebenen als Faktor der Politik in der Nachkriegszeit beschäftigte sich MICHAEL SCHWARTZ (Institut für Zeitgeschichte, München, Abteilung Berlin). Die DDR kannte keine Vertriebenenpolitik, sondern nur eine entschädigungslose Umsiedlerpolitik, deren Ziel die politische Zwangsassimilierung an das SED-Regime war. In der Bundesrepublik stellten die Vertriebenen hingegen einen politischen Fak-

tor dar; viele waren als Mitglieder in Parteien integriert. Zudem übte der Bund der Vertriebenen (BdV) einen starken Einfluss aus. Das Soforthilfegesetz (1949-1952) sowie das Lastenausgleichsgesetz (1952) ließen den Vertriebenen eine umfangreiche finanzielle Entschädigung zukommen. Landsmannschaften und Traditionsverbände hielten das Recht auf eigene Heimat hoch. Gegen die Aufgabe der Ostgebiete durch die „neue Ostpolitik“ Willy Brandts regte sich nach dessen Wiederwahl 1972 kein Protest mehr. Bedingt durch die wirtschaftliche Integration und den Generationenwandel waren die Vertriebenen inzwischen bereit, den Verlust der Heimat zu akzeptieren. Ihre Integration galt lange Zeit als Erfolgsgeschichte. Erst jüngere Studien (Andreas Kossert) betonen, dass dem Verlust der Heimat die bittere Erfahrung von Ausgrenzung und Diskriminierung durch die eigenen Landsleute folgte.

Wolfsburg bildete nach dem Kriegsende wegen der Aussicht auf Arbeit einen Anlaufpunkt vieler Flüchtlinge, betonte ARNE STEINERT (Stadtmuseum Wolfsburg). Statistische Erhebungen stellten im Jahr 1961 einen Anteil von 57 Prozent von Flüchtlingen an der Gesamtbevölkerung Wolfsburgs fest. Allerdings blieb die Stadt vor allem in der Zeit unmittelbar nach 1945 wegen der katastrophalen Wohnsituation oft nur eine Durchgangsstation. Schlesier und Pommern bildeten den Hauptanteil der Vertriebenen in der Stadt. Wolfsburg wurde für die verschiedenen Flüchtlingsgruppen auch deswegen zum Schmelztiegel, weil es dort weniger Konflikte als in traditionsreichen Städten mit etablierten Bevölkerungsgruppen gab. Zwar waren die Flüchtlinge sich untereinander fremd, doch wirkte das gemeinsame Flüchtlingsschicksal („alle hatten nichts“) einigend. Im „Wirtschaftswunderunternehmen“ Volkswagen fand jeder Arbeit, zudem führte die Mitwirkung am Stadtaufbau zur Herausbildung einer neuen Identität in der Bevölkerung, die auch die Vertriebenen mit einschloss. Ihre Situation in der Kernstadt war somit überraschend gut, während sie in den ländlichen Gemeinden des Umlandes mit Ressentiments zu kämpfen hatten.

Am Abend des ersten Konferenztages las der Publizist und Schriftsteller MICHAEL RUTSCHKY (Berlin) aus seinem im Jahr 2012 bei Suhrkamp erschienen „Merkbuch“. Im Anschluss an die Lesung fand ein Gespräch mit dem Autor statt, das JUSTIN HOFFMANN (Kunstverein Wolfsburg) und GÜNTER RIEDERER (IZS Wolfsburg) führten. Die Diskussionen kreisten dabei um die Frage der Authentizität des Buches

sowie die Bedeutung der Provinz für die Geschichte der Bundesrepublik. Einig waren sich alle Diskutanten in der Frage, dass das „Merkbuch“ in seiner Mischung aus literarischer Fiktion und autobiografischem Bericht eine Bereicherung für historische Fragestellungen sein kann.

Dass die Stadtplanung der Nachkriegszeit im Wesentlichen auf Plänen der NS-Zeit beruhte, stellte der Beitrag von DIETER BARTETZKO (Frankfurter Allgemeine Zeitung) dar, dessen Manuskript wegen der kurzfristigen Erkrankung des Referenten verlesen werden musste. Insbesondere Düsseldorf, wo Friedrich Tamms, der zuvor bei Albert Speer mit der Neugestaltung Berlins beschäftigt war, den Wiederaufbau organisierte und zahlreiche ehemalige Kollegen um sich scharte (u.a. Julius Schultefrohlinde), entwickelte sich zu einer Hochburg ehemaliger NS-Architekten. Doch auch andere Städte griffen auf die NS-Pläne zurück. Nach 1945 wurden diese Entwürfe aus einer Mischung von Neoklassizismus und Gartenstadtidylle weitergeführt. Bei der baulichen Sichtbarmachung des Neubeginns kam es zu einer intensiven Auseinandersetzung zwischen Traditionalisten und Funktionalisten, wobei letztere am Ende siegten. Das Wirken Konstanty Gutschows in Hamburg kann als beispielhaft für die funktionalistische Architektur gelten.

Wolfsburg sei zwar eine Stadtgründung der NS-Zeit, die Stadt sei dann aber zu einem Symbol der „Nachkriegs-Moderne“ geworden, erklärte NICOLE FROBERG (Forum Architektur, Wolfsburg). Das Wirken zahlreicher berühmter Architekten wie Alvar Aalto und Hans Scharoun habe die Stadt entscheidend geprägt. Besondere Wertschätzung erfuhr das von dem Wolfsburger Architekten Titus Taeschner erbaute Rathaus (1955 bis 1958). Der kubische Baukörper, die gläserne Fassade, die funktionale Teilung sowie das Flachdach sind architektonische Elemente, in denen sich das Demokratieverständnis dieser Zeit widerspiegelt. Die Idee der „funktionalen Stadt“, der „Stadtlandschaft“ sowie die Orientierung an skandinavischen Vorbildern und der Interbau-Ausstellung in Berlin 1957 hinterließen ihre Spuren im Stadtbild, weshalb Wolfsburg im Hinblick auf die moderne Architektur eine Vorreiterrolle in der Bundesrepublik einnehme.

Die Auswirkungen der innerdeutschen Grenze auf die „alte“ Bundesrepublik war Thema des Beitrags von ASTRID M. ECKERT (Emory University, Atlanta). Das Grenzland sei der sensibelste geographische Raum der Bundesrepublik, in der sich wie unter einem Brennglas politische, wirtschaftliche und soziale Veränderungen wahrnehmen ließen. Die wachsende Verfestigung der Grenze schaffte in Gestalt des Zonenrandgebiets einen neuen Osten im Westen, aus dem Facharbeiter und Kapital abwanderten. Das strukturell schwache Zonenrandgebiet wurde in der Bundesrepublik finanziell unterstützt, konnte aber sein Image als „Armenregion der Republik“ nicht ablegen. Die Abriegelung der Grenze führte zu einem regelrechten „Grenztourismus“, der sich auf Postkartenmotiven und in allerlei Nippes niederschlug. Dennoch ließ das Interesse der Bürger für die innerdeutsche Grenze in den 1970er Jahren spürbar nach. Darüber hinaus dürfe nicht vergessen werden, dass es sich bei der innerdeutschen Grenze um eine politische Ressource handelte, die im Rahmen der Westintegration der Bundesrepublik besondere Bedeutung erlangte. Nicht zuletzt wurden in der Grenzregion auch Fortschritts- und Modernisierungskritik fassbar, wie die Auseinandersetzung um das atomare Endlager in Gorleben gezeigt habe.

Die Vorstellung des französischen Historikers Fernand Braudel, dass geographische Gegebenheiten die geschichtliche Entwicklung beeinflussen, findet in Wolfsburg ihre Bestätigung, erklärte GÜNTER RIEDERER (IZS Wolfsburg). Die Entscheidung, Stadt und Werk 1938 an dieser Stelle anzusiedeln, wurde wegen ihrer zentralen Lage getroffen. Nach 1945 war das Bewusstsein für die besondere politische Geographie der Stadt unter den Einwohnern omnipräsent. Der Grenztourismus nahm in Wolfsburg eine pädagogische Funktion an; die Stadt präsentierte sich als Vermittler dieser besonderen Situation und führte auswärtige Besucher immer wieder an die Grenze. Die Tatsache, dass nur 15 km von Wolfsburg entfernt der „freie Westen“ verteidigt wurde, führte zu einem besonderen Verhältnis der Bürger zu den in der gesamtdeutschen Festrhetorik vielfach beschworenen „Brüdern und Schwestern im Osten“. Unter anderem gründete sich auch in Wolfsburg ein „Ortskuratorium Unteilbares Deutschland“, das zahlreiche Aktivitäten entwickelte. Im Gegensatz zu den wirtschaftlich schwachen Regionen des Zonenrandes zählte Wolfsburg aber nicht zum Armenhaus der Republik. Die Stadt boomte und fungierte vielmehr als „Schaufenster des Westens“. Mit der Zeit entstand in der Stadtgesellschaft jedoch ein Gewöhnungseffekt, der ver-

bunden mit den immer gleich ablaufenden Grenzbesuchen und -feiern zu einem Desinteresse der Bevölkerung an der Grenzfrage führte. Der Gedanke an eine Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten war in Wolfsburg wie in der gesamten Bundesrepublik in weite Ferne gerückt.

CORINE DEFRANCE (Universität Paris) verwies in ihrem Beitrag darauf, dass die historische Forschung sich der Untersuchung von Städtepartnerschaften lange verweigert habe. Dass ist angesichts der heute bestehenden etwa 2.300 deutsch-französischen Städtepartnerschaften umso verwunderlicher. Ein Großteil dieser Städtepartnerschaften wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs geschlossen. Diese besonderen Verbindungen waren somit ein Symbol der nach dem Krieg einsetzenden Demokratisierung in Deutschland sowie ein erster Schritt hin zur deutsch-französischen Aussöhnung. Die meisten Städtepartnerschaften entstanden kurz nach Abschluss des Élysée-Vertrags im Januar 1963. Sie waren ein Spiegel des Willens zur Verständigung beider Länder, wobei sich auf französischer Seite insbesondere auch ehemalige Widerstandskämpfer für eine Städtepartnerschaft mit deutschen Kommunen stark machten. Auch mit der DDR unterhielten französische Städte Partnerschaften, insbesondere die Städtepartnerschaft Cottbus – Montreuil von 1959 stellte dabei eine Besonderheit dar, da Frankreich bis 1973 keine diplomatischen Beziehungen zur DDR unterhielt. Allerdings sei der Austausch zwischen den Bürgern beider Städte nicht allzu intensiv gewesen, da die französischen Behörden den DDR-Bürgern die Einreise verweigerten. Nach der Wiedervereinigung verzeichnete die Zahl deutsch-französischer Städtepartnerschaften noch einmal einen deutlichen Anstieg, der aber nur zum Teil auf den Nachholbedarf der neuen Bundesländer zurückzuführen war. Heute stehen die Städtepartnerschaften vor einer ganzen Reihe von Problemen. Zum einen leiden sie an Überalterung, andererseits fehlt ihnen nach der erfolgreich gestalteten deutsch-französischen Aussöhnung eine wichtige Motivation für ein Engagement in einer Städtepartnerschaft.

Die Geschichte der Wolfsburger Städtepartnerschaft mit der südfranzösischen Gemeinde Marignane war Inhalt des Beitrags von TANJA HERRMANN (Johannes-Gutenberg-Universität Mainz). Die am 1. September 1963 – neun Monate nach Abschluss des Élysée-Vertrag – unterzeichnete Städtepartnerschaft ging auf eine Initia-

tive des deutschen Generalkonsuls in Marseille zurück. Die strukturellen Gemeinsamkeiten beider Städte – in Marignane gab es ein Hubschrauberwerk – waren der entscheidende Grund für ihre Auswahl gewesen. Zwischen beiden Städten hatte jahrzehntelang ein sehr aktiver Austausch bestanden, der durch den Wahlsieg der rechtsextremen Front National und dem Antritt des neuen Bürgermeisters Daniel Simonpieri im Jahr 1995 aber schweren Schaden erlitt. In der Folge setzte Wolfsburg die Städtepartnerschaft aus und aktivierte sie erst 2003 im Rahmen des 40-jährigen Städtepartnerschaftsjubiläums wieder. Die politische Entwicklung hatte die Beziehungen zwischen beiden Städten massiv beeinträchtigt, war aber nicht der entscheidende Grund für den Rückgang des Interesses der Wolfsburger Bürger an ihrer Partnerstadt. Vielmehr sind allgemeine Entwicklungen wie der Rückgang der Schülerzahlen und das Altern der oft ehrenamtlichen Partnerschafts-Pioniere verantwortlich.

Der Mythos des „Dolce Vita“ habe das Bild italienischer Migranten in Deutschland verzerrt, erklärte ROBERTO SALA (Universität Basel). In Deutschland sei die Vorstellung vorherrschend, alle einstigen italienischen Arbeitsmigranten seien Gastronomen und würden insofern ein Paradebeispiel der erfolgreichen Integration darstellen. Bei diesen handelte es sich aber nur selten um ehemalige Arbeitsmigranten, die im Zuge des Wirtschaftswunders nach Deutschland kamen. Die Erfahrung von Ausgrenzung und Benachteiligung gehörte zum Alltag italienischer Migranten der ersten Stunde. Ihre Beschreibung als „Opfer“ greift dennoch zu kurz, da sie ignoriert, dass es sich bei den Italienern um freie Menschen handelt, die die Entscheidung der Migration bewusst selbst getroffen hatten. Die Ausländerfeindlichkeit war durch die wirtschaftliche Rezession in Deutschland verschärft worden. Zudem erlitten die Italiener bei ihrer Einwanderung aus den ländlichen Gebieten Italiens in die Bundesrepublik einen kulturellen Schock; mangelnde Sprachkenntnisse verstärkten die Diskriminierung noch. Die Frage, ob die Geschichte der italienischen Arbeitsmigration eine Erfolgsgeschichte sei, hält SALA für wenig relevant.

Dem Verhältnis der italienischen Migranten zu Wolfsburg und ihrer eigenen Identität widmete sich der Beitrag von MARGHERITA CARBONARO (Literaturwissenschaftlerin und freie Übersetzerin Mailand), die über ihre Erfahrungen im Zuge der Recherchen für ihr Buch berichtete, das unter dem Titel „La vita è qui –Wolfsburg: Eine itali-

enische Geschichte“ 2013 im Metropol-Verlag erschienen ist. So seien die Italiener in Wolfsburg gerne bereit gewesen, über ihre eigene Geschichte zu sprechen. Sie betonten immer wieder ihre eigene Identität, die sich aus der Beziehung zur Heimat Italien und zur Stadt Wolfsburg konstituiert. Als Deutsche begreifen sie sich nicht, weshalb die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft einer Art „Verrat“ gleichkäme. Zudem habe sich das Bild der Heimat Italien im Verständnis der Wolfsburger Italiener gewandelt. Statt eines Rückkehrlandes sei es zu einem Urlaubsland geworden, dass dennoch die Identität der Italiener in Wolfsburg präge. Man lebe nicht in einer fremden Heimat, sondern in heimatlicher Fremde. Die Situation werde wie ein „zwischen zwei Stühlen sitzen“ empfunden, in der es schwierig ist, seinen Platz zu finden. Die Migranten verfügen jedoch über eine enge Bindung an die Stadt. Man verstehe sich als „Wolfsburg-Italiener“ und empfinde dieses Dasein als Privileg, da die Situation hier besser sei als in anderen deutschen Städten.

Die Tagung machte den besonderen Charakter der Geschichte Wolfsburgs deutlich, der im Wesentlichen auf die nationalsozialistische Gründungsgeschichte der Stadt und auf ihr Verhältnis zum Volkswagenwerk zurückzuführen ist. Bereiche wie die Situation der Stadt im Zonenrandgebiet oder ihr Umgang mit den Vertriebenen stellen einen Sonderfall in der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik dar. Doch viele Entwicklungen der „alten“ Bundesrepublik finden in der Wolfsburger Stadtgeschichte ihr Pendant, wie die Kontinuität ehemaliger NS-Eliten oder die Integrationskraft des wirtschaftlichen Wohlstands, der zur Herausbildung einer eigenen Identität geführt und somit die Integration von Mitläufern, Vertriebenen und Arbeitsmigranten in die Stadtgemeinschaft erst ermöglicht hat. Die Frage, ob die Stadt eher „Soziallabor“ oder „Sonderfall“ war, musste ohne Antwort bleiben. Angela Borgstedt schlug daher in der Schlussdiskussion den Begriff „Besonderheit“ statt „Sonderfall“ vor. Die Geschichte Wolfsburgs, so CORINE DEFRANCE, sei die Geschichte der Nachkriegszeit. In dieser Stadt sei die Kontinuität der Vergangenheit fassbar. ROBERTO SALA empfahl einen Vergleich der Stadt mit den Städten des 19. Jahrhunderts, um weitere Erkenntnisse zu gewinnen, da die Geschichte der Stadt kein historischer Einzelfall sei. Die Vielfalt der Beiträge machte den umfassenden Ansatz der Stadtgeschichtsschreibung deutlich. Die Konferenz zeigte, dass der Nutzen der Stadtgeschichte darin besteht, die Probleme, Bedingungen und Mechanismen zentraler Entwicklungs-

prozesse der Bundesrepublik auf kommunaler Ebene aufzuzeigen und nachzuvollziehen. Sie kann somit einen wesentlichen Beitrag zum Verständnis der Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der zweiten deutschen Demokratie leisten.